Janich, P., Kambartel, F., Mittelstraß, J., 1974: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Frankfurt: Campus

Lübbe, W., 1997: Expertendilemmata – ein wissenschaftsethisches Problem? GAIA 6(1997)3, S. 177-181

Weingarten, M., 1998: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zur kulturalistischen Wende in der Philosophie. Bonn: Pahl-Rugenstein

>>

Ein Baustein für nachhaltige(re)s Reisen

Ein Bericht über den "12. Reisepavillon – Marktplatz für *anderes* Reisen" vom 18. bis 20. Januar 2002 in Hannover von S. Klein-Vielhauer, ITAS

Der Reisepavillon, der sich im Untertitel als "Marktplatz für anderes Reisen" bezeichnet, öffnete im Januar diesen Jahres zum zwölften Mal seine Stände und Diskussionsräume im Congress Centrum Hannover. Mehr als 250 Aussteller waren angemeldet. Diese Reisemesse wird traditionell vom Team Stattreisen e.V., Hannover, ausgerichtet, das ansonsten wie mehr als zehn weitere Teilnehmer des Arbeitskreises Neue Städtetouren (ANS) das Ziel verfolgt, anderen die eigene Stadt aus eher ungewohnten Perspektiven nahe zu bringen.

Der Reisepavillon bietet einmal im Jahr vielfältige Gelegenheit, die verschiedensten, unter anderem ökologisch ausgerichteten Reiseangebote kleinerer und mittlerer Veranstalter für Reisen ins In- und Ausland vorzustellen bzw. kennen zu lernen. Er hat sich zudem in den letzten Jahren zu einem Informations- und Diskussionsforum für alle am Thema ..nachhaltige(re)r Tourismus" Interessierten entwickelt. Die Messe ist somit ein wichtiger Treffpunkt von Reiseveranstaltern, Vertretern touristischer Zielgebiete, Touristikern, Wissenschaftlern, Reisejournalisten, Urlaubern und auch von Verbänden geworden, deren Aufgaben- und Interessensgebiete eine mehr oder weniger große Schnittmenge von Tourismus- und Nachhaltigkeitsaspekten bildet. Beispielhaft seien hier genannt: der Hauptverband des Deutschen Jugendherbergswerks (Detmold), Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.) e.V. (Bonn) als Dachverband für einige deutsche Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Entwicklung und Förderung eines sozialverantwortlichen und umweltverträglichen Tourismus einsetzen, DANTE – Die Arbeitsgemeinschaft für nachhaltige Tourismusentwicklung – als eine Plattform von fünfzehn entwicklungs- und umweltpolitischen Initiativen und Organisationen im deutschsprachigen Raum (beim Ö.T.E., Bonn, angesiedelt) und der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD, Bonn), der sich als Umwelt- und Verbraucherverband für eine ökologisch und sozial verträgliche Mobilität auch im Freizeit- und Tourismussektor einsetzt.

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mbH, Eschborn, und die World Tourism Organization (WTO), Madrid (Spanien) nutzten den 12. Reisepavillon als offizielle Auftaktveranstaltung des von den Vereinten Nationen für 2002 ausgerufenen Internationalen Jahrs des Öko-Tourismus (International Year of Ecotourism). Das von ihnen betreute "Forum International" wurde zugleich auch als eine Veranstaltung zur Vorbereitung der internationalen Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Johannesburg (Rio+10) bezeichnet. Dieses vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Forum behandelte auf den insgesamt zweieinhalb Messetagen in zahlreichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen verschiedene Facetten der Thematik "Weltweiter Tourismus als Motor für nachhaltige Entwicklung". Über dreißig Kleinanbieter aus Ländern außerhalb Westeuropas, die dem Bereich "Nachhaltiger Tourismus und Ökotourismus" zugeordnet werden können und in diesem Bereich teilweise auch mit internationalen Preisen ausgezeichnet wurden, präsentierten zudem ihre Reiseprodukte.

In zahlreichen weiteren Veranstaltungen des 12. Reisepavillons, die teils einzeln, teils thematisch gebündelt stattfanden, wurde auch auf vielfältige weitere Aspekte im Bereich Tourismus und Nachhaltigkeit eingegangen. Beispielhaft seien die folgenden drei Themenbereiche herausgegriffen.

Die Schwerpunktveranstaltung "Nachhaltige Tourismusentwicklung in Großschutzgebieten", die unter der Moderation von Christine Garbe (Ö.T.E., Bonn) und gegen eine geson-

derte Gebühr stattfand (die schriftliche Fassung der Tagungsbeiträge wird den Teilnehmern zu einem späteren Zeitpunkt zugesandt), ging auf die Eigenarten, Schutzziele und Maßnahmen von Biosphärenreservaten, Nationalparken und Naturparken vor allem in Deutschland ein und stellte auch Angebote für die touristische Nutzung in diesen Gebieten vor (zum Beispiel Unterkünfte, Verkehrswege/-mittel und Freizeitaktivitäten). Sowohl auf Seiten derjenigen, die sich speziell um die weitere Umsetzung der Naturschutzziele in den einzelnen Großschutzgebieten kümmern, als auch auf Seiten der Bewohner in diesen Gebieten wird häufig vom Tourismus erwartet, dieser könne und solle den Erhalt der Biotope sichern und zugleich den Umsatz bzw. das Einkommen in der jeweiligen Region steigern. Dem Tourismus in Großschutzgebieten, häufig auch mit dem Begriff "Ökotourismus" bezeichnet, wird damit die Rolle eines Werkzeugs zur Unterstützung der Naturschutzziele zugeordnet. Letztlich laufe das, so die Einschätzung eines Redners, auf einen schwierigen Spagat zwischen touristischen Wunschvorstellungen und dem Erhalt des ökologischen Kapitals hinaus.

Gegenstand eines Teils der Darstellungen und Diskussionen zu Großschutzgebieten waren auch das Zustandekommen und wesentliche Inhalte des auf dem Workshop "Biologische Vielfalt und Tourismus" im Juni 2001 in Santo Domingo vorgelegten Entwurfs für internationale Richtlinien zum Bereich biologische Vielfalt und Tourismus. In den "Entwurf von internationalen Richtlinien für Aktivitäten für eine nachhaltige Tourismusentwicklung in sensiblen Ökosystemen in Erd-, Meeres- und Küstenregionen, Lebensräumen von großer Bedeutung für die biologische Vielfalt und Schutzgebieten, einschließlich fragiler Ökosysteme in Ufer- und Bergregionen" sind auch die Ergebnisse vorangegangener internationaler Konferenzen und Workshops zu diesem Thema eingeflossen, z.B. die Berliner Erklärung aus dem Jahr 1997. Die Entwicklung derartiger internationaler Regeln und Grundsätze wurde von der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel 1995 auf der 2. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity - CBD) in Jakarta angeregt. Entsprechend der Darstellung von Jens Brüggemann, Bundesamt für Naturschutz, Bonn, sind von knapp dreißig einschlägigen internationalen Erklärungen zum Tourismus etwa zwölf Erklärungen zukünftig noch näher zu analysieren. Noch sei unklar, ob die Richtlinien im Mai 2002 in Ouebec auf der Vorbereitungskonferenz für den Weltgipfel in Südafrika zu einer nachhaltigen Entwicklung angenommen werden. Eine endgültige Verabschiedung des Richtlinienentwurfs könnte auf der 7. CBD-Vertragsstaatenkonferenz im Jahre 2004 erfolgen. Es läge dann ein Leitfaden vor, der unter anderem die Anwendungsbereiche, den Managementprozess und die Aufgaben der zuständigen Institutionen von der Grundlageninformation über Zielvorgaben, Umweltverträglichkeitsprüfung bis zur Entscheidungsfindung und dem Monitoring definiert. Zugleich würde dem Notifizierungsprozess, der Öffentlichkeitsarbeit und dem gerechten Vorteilsausgleich hohe Bedeutung beigemessen werden. Parallel hierzu wird jedoch auf Anregung des Verbands Deutscher Naturparke bereits seit einiger Zeit ein Modellprojekt zur Umsetzung der "Europäischen Charta für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten" durchgeführt. Hieran sind die drei Naturparke Insel Usedom, Frankenwald und Steinhuder Meer beteiligt. Der Naturpark Steinhuder Meer beispielsweise hat bereits ein Tourismusleitbild und ein damit in Verbindung stehendes 5-Jahres-Aktionsprogramm entworfen. Im September 2001 wurde diesem Naturpark das Zertifikat der Europäischen Charta nach einem sehr aufwendigen Evaluierungsprozess bereits zuerteilt. Der Naturpark ist damit verpflichtet, das Aktionsprogramm umzusetzen.

Das Schwerpunktthema "Mobilität im Tourismus" umfasste vor allem die Präsentation verschiedener laufender Forschungsprojekte im Rahmen des Forschungsschwerpunktes "Freizeitverkehr" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn. Die vorgestellten Projektnetzwerke, in die auch die jeweiligen Entscheidungsträger vor Ort mit einbezogen sind, dienen neben der Analyse von Mobilität im Alter (FRAME - "Freie" Zeit und Mobilität im Alter) vor allem der Gewinnung vertiefender Erkenntnisse über den Tagesausflugs- und Kurzurlaubsverkehr sowie der Konzeption und Umsetzung einer umweltfreundlicheren An- und Abreise in diesem Bereich. Außer FRAME wurden die folgenden Projekte vorgestellt: ALERT - Vom Tagebaurestloch zum attraktiven Naherholungsgebiet; EVENTS – Eventverkehr – An- und Abreise als Teil des Events; FREIMOVE – Probleme und Chancen einer nachhaltigen Erschließung von Freizeitgroßeinrichtungen; MOBIHARZ – Mobilitätsmanagement und -service; KONTRASTRÄUME UND RAUMPARTNERSCHAFTEN – Raumpartnerschaften verbinden Kontrasträume. Voraussichtlich wird jedoch die konkrete Umsetzung innerhalb der geplanten Laufzeit der jeweiligen Projekte bis etwa Anfang 2003 nur bedingt möglich sein.

Weiterhin wurde im Schwerpunktthema Mobilität eine konkrete Initiative zur Abkehr vom eigenen Personenkraftwagen am Beispiel des Tourismusorts Werfenweng im Salzburger Land vorgestellt. Wer ohne Auto anreist oder seinen Autoschlüssel für die Dauer seines Aufenthalts abgibt, kann kostenlose oder verbilligte Angebote im Ort, so beispielsweise betreffend alternative Angebote für den Individualverkehr (Elektrofahrzeuge) und im öffentlichen Verkehr (Abhol- und Bringverkehr im Ort, Anruf-Sammel-Taxi-Shuttle vom und zum Bahnhof) in Anspruch nehmen. Als eine Initiative, die die Abkehr vom Auto für die An- und Abreise und die entsprechende Hinwendung zur Bahn zum Ziel hat, präsentierte sich NETS - Netzwerk Europäischer Tourismus mit Sanfter Mobilität (c/o ÖAR-Regionalberatung, Wien, Österreich). Die Gründungsphase des Netzwerks begann 1998 im Anschluss an ein entsprechendes, 1996 und 1997 durchgeführtes EU-Projekt. Karl Reiner, Geschäftsführer von NETS, hat inzwischen verschiedene Kontakte und Kooperationen mit Partnern vor allem in Österreich aufgebaut. Die Darlegungen und Diskussionen zu diesem Teilthema zeigen die Möglichkeiten zur Ausgestaltung und "Vermarktung" der angesprochenen intermodalen Verlagerungsmaßnahmen vor Ort bzw. in der Region sowie im An- und Abreiseverkehr auf. Dabei wurde eine für den Erfolg wesentliche Voraussetzung thematisiert, wonach die beiden Teilaspekte einer Urlaubsreisekette gleichzeitig zu bedenken und gegebenenfalls zu reorganisieren sind.

Der dritte beispielhafte Themenbereich des 12. Reisepavillons, der hier vorgestellt werden soll, bezieht sich auf die Schlagwörter Güte- oder Umweltzeichen, Umwelt- oder Prüfsiegel, Labels und Dachmarken. Hierbei geht es um die Vergabe von Güte- oder Um-

weltzeichen an einzelne touristische Produkte wie Hotel- und Gastronomiebetriebe. Orte. Regionen oder auch Strände. Hierfür werden vorab festgelegte, mehr oder weniger detaillierte und im Wesentlichen auf die Umweltqualität bezogenen Güte- oder Prüfkriterien herangezogen. Auch die Durchführung von auf die Einhaltung von umweltschutzbezogenen Verfahrensstandards ausgerichteten Zertifizierungen nach EMAS, dem Eco-Management and Audit Scheme entsprechend der Öko-Audit-Verordnung von 1993, gehört mit zu diesem Themenbereich. Etwa seit Beginn der 90er Jahre wurden insbesondere in Deutschland, in anderen europäischen Ländern oder auch auf der Ebene der Europäischen Union immer wieder neue Umweltzeichen kreiert. Sie haben bisher nur einen begrenzten Bekanntheitsgrad beim Reisenden selbst erreicht und werden folglich auch eher selten oder an wenig auffälliger Stelle bei Vermarktungsaktionen (z. B. in Haus-, Ortsoder Veranstalterprospekten) eingesetzt. Es ist von etwa 50 bis 60 Umweltzeichen, teilweise auch von 70 oder 100 Umweltzeichen, die Rede, die im Laufe der Jahre vor allem durch private Initiativen entwickelt wurden und deren Anwendung freiwillig ist.

Derzeit finden zwei herausragende, aber bisher getrennte Versuche mit dem Ziel statt, ein umfassend angewandtes und bekanntes Umweltqualitätszeichen für den Tourismussektor zu schaffen. Es handelt sich hierbei um den Entwurf der Dachmarke "Viabono" für touristische Angebote auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einerseits und andererseits um die Einführung des einheitlichen Gütesiegels "VISIT" (Voluntary Initiative for Sustainability in Tourism), das einzelnen Gütezeichen in verschiedenen Ländern übergeordnet ist. Im Rahmen von Viabono werden jeweils Kriterienkataloge für einzelne Elemente des Tourismusangebots wie Hotels/Gastronomie, Tourismusgemeinden, Naturparke oder Campingplätze konzipiert und den Tourismusanbietern zur weitgehenden Selbstevaluierung mit gewissen Kontrollelementen zur Verfügung gestellt. Dabei ist eine fortlaufende Weiterentwicklung der Kriterienkataloge geplant. Das primär an bereits vorhandene nationale Umweltzeichen im europäischen Raum verliehene Gütesiegel "VISIT" verzichtet dagegen auf eine einheitliche Kriterienphilosophie, will aber auch dem einzelnen touristischen Angebot zugute kommen und wichtigen Umweltzielen dienen. Die jeweiligen Startphasen werden vom deutschen Umweltbundesamt bzw. Bundesumweltministerium und vom LIFE UM-WELT Programm der Europäischen Union mitfinanziert.

>>

Debating Privacy and ICT

Amsterdam, January 17, 2002

Conference report by Rinie van Est and Dirk van Harten, Rathenau Institute, the Netherlands

The Western world is facing the arrival of the information society, enabled by the rapid progress in information and communication technologies (ICT). Generating, processing and transmitting information are the information society's main sources of economic productivity, cultural change and political power. Internet and wireless technologies have made this all a cross border practice: the information society is not defined by state borders but by the World Wide Web, by satellites and the availability of these technologies.

Besides promising applications, ICT provide ample opportunities for misuse as well. ICT enable new forms of classical crimes – like the spreading of child pornographic material and fraud – and new types of criminal behaviour – like hacking, identity theft and Denial of Service attacks. These crimes present a threat to privacy and personal freedom. Paradoxically, the methods we use to safeguard society from criminal activities may themselves become a threat to basic human rights as well.

In order to discuss privacy issues in relation to ICT developments, some 130 privacy experts and other interested parties gathered on January 17, 2002, in Amsterdam at the conference "Debating Privacy and ICT". The conference was organised by the Rathenau Institute, the Dutch national TA organisation. Participants came from throughout Europe and Northern America and even from countries as far as Ghana. Their backgrounds varied from

scientists to policy makers; from representatives of consumer and civil rights groups to representatives of industry and investigation agencies.

Eight speakers – from the US, the UK, the Netherlands, Canada and Austria - presented various privacy-related aspects of the commercial use of personal data and criminal investigations. The presentations focussed on the forces driving privacy law making in various countries, on international developments and on the consequences of the terrorist attacks of September 11, 2001, on the Pentagon and the World Trade Center. The Rathenau Institute, however, wanted to go beyond presenting the current state-of-affairs. In the afternoon the socalled "Declaration of Amsterdam: Trust in the Information Age - Securing Privacy and Safety" was handed out to the participants. The declaration contained policy recommendations and served as a discussion paper and a possible roadmap for a future approach.

The authors of this paper wrote the draft version of the declaration on the basis of all the conference papers. This draft was then sent out to the speakers for their commentaries. A day before the actual conference, the Rathenau Institute organised a preliminary workshop, at which speakers and a few other invited experts came together in order to streamline the declaration and to formulate a common series of policy recommendations that all speakers were willing to explain and defend during the conference.

The first recommendation immediately gave rise to heated debate. It was recommended to implement the EU Data Protection Directive in all EU member states and to support attempts to enforce an 'adequate' level of privacy protection in non-EU states. Objections from the audience were that this proposal ignores the controversies surrounding the directive and the fact that it already needs a thorough revision. The recommendation, however, was prompted by the fact that – despite all its flaws – the directive remains the most important international agreement and has become the standard even outside the EU. Furthermore, the directive is binding, which makes it far more useful than, for example, the guidelines laid down by the OECD.